



HESSISCHER LANDTAG

28. 06. 2023

KPA

Antrag

Fraktion der SPD, Fraktion DIE LINKE

Ausbau der Förderung von Schüler- und Jugendaustauschen

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass internationale Schüler- und Jugendaustausche nicht nur die Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen unterstützen, sondern auch die Demokratiebildung stärken und das Verständnis für die Bedeutung von Vielfalt bei Schülerinnen und Schülern aller Schulformen langfristig fördern und etablieren. Auslandserfahrungen sollten ein selbstverständlicher Bestandteil des Werdegangs jedes jungen Menschen sein, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.
2. Der Landtag stellt ferner fest, dass Schulen und Eltern organisatorisch oft nicht in der Lage sind, die Hürden für die Beantragung von Mitteln für Austauschprogramme zu überwinden. Nach dem von BMFSFJ und der Robert-Bosch-Stiftung geförderten Forschungsprojekt „Warum nicht? Studie zum Internationalen Jugendaustausch: Zugänge und Barrieren“ (2018) machen nur 26 Prozent aller Jugendlichen eines Jahrgangs eine Austausch Erfahrung, obwohl sich fast alle grundsätzlich dafür interessieren. Haupt-, Real- und Berufsschülerinnen und -schüler, Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie Jugendliche aus bildungsfernen Familien sind laut Studie im internationalen Austausch deutlich unterrepräsentiert.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, möglichst vielen Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an internationalen Schüler- und Jugendaustauschen zu ermöglichen. Dafür ist es erforderlich, dass die Landesregierung ein Konzept erarbeitet und vorlegt, wie pädagogisch begleitete Schüler- und Jugendaustausche als Lernerfahrung Teil des Bildungsweges von Schülerinnen und Schülern aller Schulformen werden können und internationale Austauschprogramme auch in den Curricula der beruflichen Ausbildung und des Studiums fest verankert werden können.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, Schulen aller Schulformen zu ermutigen, Fördermöglichkeiten aus dem Programm „Erasmus Plus“ oder Mittel der bundesweit tätigen Fach- und Förderstellen einzuwerben, um möglichst allen Schülerinnen und Schülern Angebote für einen internationalen Austausch machen zu können.
5. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, Schulen zu ermuntern, sich in ihrem Profil zu internationalen Bildungsk Kooperationen zu bekennen, sich um die Aufnahme in Netzwerke wie das der Europaschulen oder der UNESCO-Projektschulen zu bemühen und internationale Austausche und Begegnungen zum festen Bestandteil ihres Schulprogramms zu machen. Dazu müssen Schülerinnen und Schülern aller Schulformen, ähnlich wie bei der Berufsorientierung, gezielt über ihre Zugangsmöglichkeiten zu internationalem, gemeinnützigem Schüleraustausch informiert werden, etwa durch Peer-to-Peer-Angebote oder auch Kooperationen mit Einrichtungen der Jugendarbeit und aus außerschulischen Bereichen.
6. Der Landtag sieht es als notwendig an, dass die Landesregierung in Hessen ein Kompetenzzentrum für interkulturelle Bildung, Vielfalt und Internationalisierung von Jugendlichen und Lehrkräften einrichtet und finanziell fördert. Mit Hilfe des Zentrums sollen Schüler- und Jugendaustausche mit Schulen der hessischen Partnerregionen neu aufgebaut und bestehende Partnerschaften ausgebaut werden. Konzeptionell sollten die als Initiative „Austausch macht Schule“ gemeinsam auftretenden gemeinnützigen Organisationen und die Servicestelle „Internationale Begegnungen“ mit einbezogen werden.

7. Der Landtag sieht es als sinnvoll an, ein hessisches Förderkonzept in Abstimmung mit der hessischen Servicestelle „Internationale Begegnungen“ zu erstellen und ein Förderprogramm aufzulegen, um zu ermöglichen, dass
 - a) Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien Zuschüsse erhalten, um an mehrwöchigen Schüleraustauschen teilnehmen zu können,
 - b) bei Austauschprogrammen mit Aufnahmeverpflichtung Unterbringungsmöglichkeiten für Gast Schülerinnen und Gast Schüler, die im Gegenzug nach Hessen kommen, aber im Haushalt der hessischen Schülerinnen und Schüler nicht untergebracht werden können, geschaffen werden.
8. Der Landtag unterstützt die Internationalisierung der Lehrkräfte in Hessen und fordert die Landesregierung auf, durch entsprechende Module bzw. eigene Mobilitätserfahrungen während der Lehreraus- und -fortbildung diese stärker zu fördern, damit der Erwerb von Kompetenzen zur Durchführung internationaler Bildungsk Kooperationen verbessert wird. Der Landtag regt an, zu prüfen, inwieweit Lehrkräfte bei der Organisation schulischer Austauschprogramme besser unterstützt werden können.
9. Der Landtag stellt fest, dass die Bedingungen für die Zusammenarbeit von Schulen mit Trägern der Jugendhilfe sowie anderen öffentlichen oder gemeinnützigen Einrichtungen eine gute Möglichkeit darstellt, um Schulen bei der Organisation internationaler Austauschangebote in der kommunalen Bildungslandschaft oder im Rahmen von Städtepartnerschaften zu unterstützen.
10. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, in einem Modellprojekt die Einführung von internationalen Koordinatorinnen bzw. Koordinatoren an beruflichen und allgemeinbildenden Schulen in Hessen zu erproben. Die Koordinatorinnen und Koordinatoren werden mit einem festen Anteil ihrer Arbeitszeit freigestellt, damit sie Austausch an Schulen etablieren, organisieren und verstetigen können.
11. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat die Initiative für ein Gesetz zur Förderung des internationalen Schüleraustausches zu ergreifen.

Begründung:

Bildungsgerechtigkeit ist eine wichtige Grundlage, um die globalen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich bewältigen zu können. Internationale Schüleraustausche leisten einen Beitrag, um Ambiguitätstoleranzen zu fördern, Fremdeindlichkeit erfolgreich abzubauen und letztendlich zur Friedenssicherung und Völkerverständigung beizutragen. Gerade in Zeiten, in denen die Erfolge der europäischen Integration und die Vorzüge der internationalen Zusammenarbeit zunehmend in Frage gestellt werden ist es wichtiger denn je, die Europabildung an allen Schulen in Hessen zu stärken und das Verständnis für globale Themen zu fördern.

Um Bildungsgerechtigkeiten zu vermeiden, sollte möglichst allen Kindern- und Jugendlichen – unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund oder Schulform – während der Schulzeit eine Möglichkeit zum internationalen Austausch eröffnet werden. Ein von der Volunta gGmbH, dem Träger der Freiwilligendienste des Deutschen Roten Kreuzes, in Auftrag gegebenes verfassungsrechtliches Gutachten als Vorschlag für ein Gastschulaufenthaltsgesetz kommt zu dem Ergebnis, dass eine stärkere öffentliche Förderung des Schüleraustausches notwendig ist, um Schülerinnen und Schüler unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern und der besuchten Schulform Auslandsaufenthalte zu ermöglichen.

Wiesbaden, 28. Juni 2023

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph

Für die Fraktion
DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende:
Elisabeth Kula